

**Same procedure as every year?  
Das Neue Jahr mit guter Luft beginnen!  
Einschränkung von Silvesterfeuerwerk und Alternativen**

Der BUND setzt sich dafür ein, dass die Freisetzung von Giften und Gefahrstoffen beim Silvesterfeuerwerk weitestgehend reduziert wird.

Es sind gesetzliche Regelungen zu schaffen, dass das Ausmaß der Freisetzung von Schadstoffen und die Immission in Wohngebieten deutlich reduziert werden. Hierzu sind Regelungen zur Begrenzung oder des Verbots von Schadstoffen in den Feuerwerkskörpern zu schaffen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, das Sprengstoffrecht so ändern, dass durch die Bundesanstalt für Materialforschung nicht nur die Zusammensetzung der Knallkörper und Raketen sowie deren Gebrauchssicherheit geprüft wird, sondern besonders gefährliche Substanzen gemäß der Toxizität der Stoffe sowie der Brandprodukte und hoher Staubentwicklung verboten werden können.

Es sind Voraussetzungen zu schaffen, dass kommunale Festsetzungen ermöglicht werden, nach denen das Abbrennen von Feuerwerk in bestimmten Gebieten aus Gründen des allgemeinen Gefahren- und Immissionsschutzes verboten werden kann und nur in besonderen festzusetzenden Gebieten erfolgen darf, bei denen Brandschutz, Immissionsschutz und Naturschutz gewahrt sind.

Die Einschränkung, das Verbot und die Verlagerung von Silvesterfeuerwerk muss verpflichtender Teil der Luftreinhalteaktionspläne werden.

Der Bundesvorstand wird gemeinsam und mit Expertise der Bundesarbeitskreise Immissionsschutz, Gesundheit, Umwelttoxikologie und Recht eine Analyse der Gefahrstofffreisetzungen und ihrer Auswirkungen erstellen und Alternativen vorschlagen. Hierzu zählen auch gesetzliche Regelungen, mit denen generell oder auf Basis kommunaler Satzungsentscheidungen das Feuerwerk partiell oder insgesamt in den Kommunen verboten oder eingeschränkt werden kann und Feuerwerkskörper mit besonders hohem Gehalt an gefährlichen Substanzen und deren Freisetzungen verboten werden können.

Der Bundesvorstand wird gemeinsam mit den Landesverbänden rechtzeitig Presseaktionen zu Silvester 2019 starten, mit denen Kommunen aufgefordert werden, gemeinsam mit dem BUND ihre Bürger\*innen aufzurufen, auf Feuerwerk zu verzichten bzw. alternative Orte anzubieten, an denen die Auswirkungen begrenzt werden können und für Mensch und Natur akzeptabel sind. Dies können auch öffentliche Höhenfeuerwerke sein, an denen sich die Bürger\*innen anstelle eigenen Feuerwerks beteiligen können.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.  
Bundesdelegiertenversammlung 2019  
Nürnberg, 10. November 2019